

AMNESTY INTERNATIONAL

und 20 weitere Menschenrechtsorganisationen

9. September 2020

Gemeinsame Forderung an die Staaten bei der 45. Sitzung des Menschenrechtsrates der UN, für ein UN-Mandat zur Untersuchung der schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte bei den Protesten und in der Folgezeit im November 2019 im Iran einzutreten.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Regierungen der Staaten auf, die fortdauernde Straflosigkeit für ernsthafte Verletzungen der Menschenrechte durch die iranischen Behörden bei der 45. Sitzung des Rates anzusprechen. Es handelt sich dabei um die Vorgänge bei den Protesten im November 2019 und in der Zeit danach.

Im November 2019 fanden landesweite Demonstrationen gegen die Regierung des Iran statt, hervorgerufen durch die erhebliche Verteuerung der Treibstoffe. Dem wurde von den iranischen Behörden mit massiver Anwendung von Gewalt begegnet. Die Sicherheitskräfte wendeten nicht durch die Gesetze gedeckte Gewalt an. Sie gebrauchten scharfe Munition, Tränengas und Wasserwerfer gegen unbewaffnete Protestierende und Zuschauer, sie töteten Hunderte und nahmen Tausende in Haft, wie das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte bekanntgab. Diese Verletzungen der Menschenrechte fanden unter der Abschaltung des Internet statt, ein beispielloser Vorgang, der durch die iranischen Behörden veranlasst wurde.

Die vorsätzliche Anwendung tödlicher Gewalt durch die Sicherheitskräfte während der Demonstrationen resultierte in der Tötung Hunderter Demonstranten und Zuschauer, darunter auch Kinder. AI fand heraus, dass mehr als 300 Menschen getötet wurden, darunter 23 Kinder. Die Schüsse trafen den Körper oder den Kopf, das weist auf eine vorsätzliche Tötung hin.

Die Behörden inhaftierten mehr als 7000 Personen, darunter Frauen und Kinder unter 10 Jahren. Viele der Inhaftierten waren ohne Kontakt zur Außenwelt, andere wurden entführt und an unbekanntem Ort festgehalten. Es wurden verbreitet Folter und Misshandlung angewandt, meistens handelte es sich um physische Misshandlung wie Schlagen, Auspeitschungen, Aufhängen (an den Armen), Elektroschocks, Untertauchen in Wasser, angebliche Exekutionen und sexuelle Taten und Erniedrigungen. Zugang zu einem Anwalt war während der Untersuchungshaft nicht gegeben, viele Inhaftierte wurden gezwungen, unter Gewaltanwendung ein „Geständnis“ abzulegen, Geständnisse, die vor Gericht Bestand hatten. Einige hatten während des gesamten Prozesses keinen Zugang zu einem Verteidiger. Die Verhandlungen entsprachen meist nicht den internationalen Standards. Viele Gefangene wurden zu langen Haftstrafen, Auspeitschungen und in drei Fällen zur Todesstrafe verurteilt. Auch wurden zwei Menschenrechtler ausgepeitscht.

Wir sind sehr besorgt wegen der Personen, die unter Zwangsmaßnahmen entführt wurden. Sie werden willkürlich inhaftiert, bekommen unfaire Verfahren und werden zu langen Haftstrafen, Auspeitschungen und Hinrichtungen wegen ihrer Teilnahme an den Protesten verurteilt. Trotz der Forderung des UN-Hochkommissars nach „schnellen, unabhängigen und unparteiischen Nachforschungen aller Menschenrechtsverletzungen“ (das forderte auch der UN-Sonderermittler für den Iran), veranlassten die iranischen Behörden keine Nachforschungen wegen der Straftaten nach internationalem Recht, die von der Polizei, den Sicherheitskräften, Geheimdienstlern und dem Gefängnispersonal begangen wurden. Die Straftäter wurden sogar noch von höheren Beamten gedeckt und belobigt.

AMNESTY INTERNATIONAL

In dem in der vergangenen Woche veröffentlichten Bericht hat der Spezialberichterstatter für den Iran seine tiefe Sorge ausgedrückt, dass „die Regierung sich vor ihrer Verantwortung drückt und nicht dem Mangel an sofortigen, unabhängigen und unparteiischen Nachforschungen der stattgefundenen Ereignisse abhilft“. Er betonte, dass „die Regierung auch nicht Vorwürfen nachgeht, dass die Familien der Opfer beleidigt und bedroht werden, weil sie öffentlich Gerechtigkeit wegen des Todes ihrer Angehörigen forderten“.

Wir erneuern unsere Forderung an den UN-Menschenrechtsrat, eine UN geführte Untersuchung der weitverbreiteten und systematischen Verletzungen der Menschenrechte vorzunehmen, wie sie von den iranischen Behörden während und nach den Demonstrationen im November 2019 begangen wurden.

(Werner Kohlhauer: Leicht gekürzte Übertragung von der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)

Diese Organisationen haben unterzeichnet:

Abdollah Boroumand Center for Human Rights in Iran

AHRAZ - Association for the Human Rights of the Azerbaijani people in Iran

All Human Rights for All in Iran

Amnesty International

Arseh Sevom

ARTICLE 19

Cairo Institute for Human Rights Studies

Center for Human Rights in Iran

Centre for Supporters of Human Rights

ECPM – Together against the Death Penalty

FIDH – International Federation for Human Rights

Human Rights Watch

HRAI – Human Rights Activists in Iran

Impact Iran

Iran Human Rights

Iran Human Rights Documentation Center

Justice for Iran

Kurdistan Human Rights - Geneva (KMMK-G)

OutRight Action International

Siamak Pourzand Foundation

Small Media

United for Iran